Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Mauerbau 1961: Verschwiegene Ursachen und Hintergründe
2. „Beschaffen wir das Richtige?“ Was Europa bei Aufrüstung lernen sollte
3. Hohe Zinskosten: Für die USA werden Kredite teurer – und Trump nimmt immer mehr auf
4. Arbeitsmarkt: Studie – Ausländische Fachkräfte stützen Wirtschaft im Osten
5. »Die Landesmedienanstalten übernehmen Aufgaben der Sicherheitsbehörden«
6. „Wenn Knochen gebrochen werden“ – im Gespräch mit Tair Borchardt
7. Langer Ausflug: Trumps Kriege und seine Krieger
8. Vom Wohnzimmer an die Front: Freiwillige drucken Drohnen- und Bombenteile für die Ukraine in ganz Europa
9. “Es zahlt sich nicht mehr aus”: Kleine Händler kämpfen mit neuen Verpackungsregeln
10. BSW streitet über AfD: Die Wagenknecht-Partei im Niedergang
11. 42 zu eins
12. Wegen Iran-Krieg: Deutsche Gasspeicher in Bedrängnis – Ziele noch erreichbar?
13. Wie Correctiv im Streit mit Markus Lanz journalistische Standards über Bord wirft
14. »Das ist politisches Totalversagen«
15. Veranstaltungshinweise der Woche

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Mauerbau 1961: Verschwiegene Ursachen und Hintergründe**
   Vor 65 Jahren, am 13. August 1961, hat die DDR die Grenze zur BRD und zu

Westberlin gesichert, auch durch den Bau der sogenannten Mauer. Das wird dem untergegangenen Land bis heute vorgeworfen. Die internationalen Ursachen für das Ereignis werden oft übersehen, verschwiegen oder verdreht. Eine Spurensuche.
Wie jedes Jahr wird in den medialen Beiträgen und offiziellen Reden zum 65. Jahrestag des „Mauerbaus“ ein Zitat des damaligen DDR-Partei- und Staatschefs Walter Ulbricht wiederholt, das zum geflügelten Wort wurde: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ Auch dieses Mal wird zwar wiedergegeben, was Ulbricht am 15. Juni 1961 auf einer Pressekonferenz auf eine Frage der Journalistin Annemarie Doherr antwortete – aber nicht, was er hinzufügte. Ein Beispiel dafür liefert seit Jahren der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) auf seinem Online-Portal „Die Berliner Mauer“. Im Video der damaligen Pressekonferenz ist nur noch kurz zu hören, dass der DDR-Staatschef weiterredet. Doch was er sagt, geht im Off-Kommentar „Ulbrichts Worte werden zur Lüge des Jahrzehnts“ unter.
Quelle: Globalbridge

2. **„Beschaffen wir das Richtige?“ Was Europa bei Aufrüstung lernen sollte**
In nur 40 Tagen beschossen die USA und Israel gegen den Iran rund 13.000 Ziele – und leerten dabei ihre Raketenlager schneller, als die Industrie sie auffüllen kann. Rüstet Europa nach dem Muster, das sich im Iran-Krieg nicht bewährte? […]
Bekanntlich werden in Deutschland gerade in atemberaubender Geschwindigkeit Gelder für Rüstungsgüter ausgegeben. Dabei wird nicht groß gefragt, ob der Bedarf am Kriegsbild von gestern oder dem von morgen ausgerichtet ist. Das Verteidigungsministerium hat von der Politik und Öffentlichkeit gleichsam einen Blankoscheck erhalten, das zu tun, was man für angemessen hält. Wer fragt, dem wird geantwortet: Wir erfüllen mit unserer Rüstung NATO-Anforderungen.
Doch Experten wissen: Dies basiert auf einem Kriegsbild, das in US-Militärkreisen höchstens bis 2022 en vogue war. Der für den Rüstungsetat mit zuständige SPD-Bundestagsabgeordnete Andreas Schwarz hat seine diesbezüglichen Sorgen in einem DLF-Interview am 21. Juli nach einem Besuch der Ukraine mit ihrer Drohnen-gestützten Kriegsführung zum Ausdruck gebracht. Er sagte u. a.: „Im Moment muss man alles auf den Prüfstand stellen … Macht das alles noch Sinn, … vor allem wenn es Entwicklungsprojekte sind, die zehn, fünfzehn, zwanzig Jahre dauern sollen? Beschaffen wir das Richtige?“
Quelle: der Freitag

dazu: **Moderne Kriegsführung: Machts die Ukraine vor? Interview Andreas Schwarz, SPD**
Quelle: Deutschlandfunk

dazu auch: **Haushaltskrise spitzt sich zu – Klingbeil entlässt Abteilungsleiterin**
Die geplanten Rekordschulden sorgen für Riesenärger. Nun fordert die Union Neuverhandlungen im Bundestag. […]
Bei der letzten Sitzung der Bundestagsfraktion, die wegen des Wechsels von Jens Spahn zu Thorsten Frei als Fraktionsvorsitzendem einberufen worden war, gab es offenbar auch heftige Kritik an der Haushaltspolitik. Wie Teilnehmer der Sitzung Ende Juli erklären, sollen mehrere Abgeordnete auf eine grundlegende Überarbeitung des Haushaltsgesetzentwurfs gedrängt haben.
Demnach lautete der Vorwurf, dass die geplante Verschuldung viel zu hoch und somit ein dramatischer Anstieg der Zinslasten programmiert sei, was die Handlungsfähigkeit des Staates gefährde. Dem Vernehmen nach soll Bundeskanzler Friedrich Merz sich einverstanden erklärt haben, dass die Unionsfraktion bei den ab September anstehenden parlamentarischen Beratungen zum Haushaltsgesetz auf Nachbesserungen drängt.
Für die schwarz-rote Koalition verheißt dies noch mehr Ärger und Konflikte.
Quelle: WirtschaftsWoche

Anmerkung André Tautenhahn: *Interessant. Stellt die Unions-Bundestagsfraktion etwa die Verschuldung für Aufrüstung infrage. Sicherlich nicht.*

3. **Hohe Zinskosten: Für die USA werden Kredite teurer – und Trump nimmt immer mehr auf**
Die hohen Haushaltsdefizite der Regierung von Donald Trump fordern ihren Tribut: Die USA müssen immer mehr Geld für Zinszahlungen aufwenden. Laut einem Experten sind es bereits 100 Milliarden Dollar. Pro Monat.
In den USA haben eine ungebremste Verschuldung und die hartnäckig hohe Inflation die Kosten der Staatsverschuldung auf langjährige Höchststände getrieben. Bei einer Auktion von US-Anleihen mit einer Laufzeit von 30 Jahren lag die Rendite am Donnerstagabend bei über 5,2 Prozent und damit auf dem höchsten Stand seit 25 Jahren. Experten sehen in den steigenden Kosten für die hohe Staatsverschuldung zunehmend ein Problem für die US-Regierung unter Präsident Donald Trump vor den Zwischenwahlen im November.
Experten erklären die vergleichsweise hohen US-Renditen vor allem auch mit der rasant steigenden Verschuldung. Seit geraumer Zeit sieht sich die US-Regierung unter Präsident Donald Trump mit einem wachsenden Staatsdefizit konfrontiert.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Die hohe Verschuldung der USA hat vor allem mit den irrsinnigen Unternehmenssteuersenkungen der letzten Jahrzehnte zu tun, auch*

durch Trump, zuletzt die "Big Beautiful Bill" von 2025, die alleine 500 Milliarden Dollar jährlich an Großunternehmen verschenkt. Und natürlich mit dem wahnsinnig teuren US-Militär (ca. 1 Billion Dollar pro Jahr). Wären das, auf Deutschland übertragen, Mahnungen an den SPIEGEL, der die verrückte deutsche Aufrüstung unterstützt und als neoliberales Zentralorgan allen Ernstes noch mehr teure Unternehmenssteuergeschenke in Deutschland fordert? Im Übrigen ist es spannend, dass der SPIEGEL sich für jede Story die Rosinen herauspickt: soll auf die angeblich teuren, unflexiblen, unproduktiven und risikoscheuen deutschen Arbeitnehmer eingedroschen werden, dann werden immer die flexiblen, fleißigen, hochproduktiven und Aktien-affinen US-Amerikaner herausgeholt; geht es um die Schuldensituation, dann dienen die USA als warnendes Beispiel. Dabei gibt es auch eine gute Seite von Staatsschulden, wenn damit (vor allem durch Joe Biden) tatsächlich Firmeninvestitionen oder der Privatkonsum angeregt werden, aber so weit will der SPIEGEL gar nicht denken: Staatsschulden sind immer des Teufels.

4. **Arbeitsmarkt: Studie – Ausländische Fachkräfte stützen Wirtschaft im Osten**
   Rund zehn Prozent der Wertschöpfung in Ostdeutschland tragen ausländische Fachkräfte bei. Gleichzeitig sinkt die Zahl der deutschen Arbeitskräfte. Ein Trend verschärft die Lage erheblich.
   Wenige Wochen vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern warnt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) vor Wohlstandsverlusten im Osten, sollte es nicht gelingen, mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland zu gewinnen.
   Laut einem am Freitag veröffentlichten Bericht des arbeitgebernahen Instituts leisten Beschäftigte ohne deutschen Pass einen immer wichtigeren Beitrag für die Wirtschaft in Ostdeutschland. Sie glichen den demografiebedingten Schwund an Arbeitskräften zu einem großen Teil aus.
   Im Jahr 2025 trugen sie rund 68,3 Milliarden Euro oder 10,5 Prozent zur Wertschöpfung in den ostdeutschen Bundesländern bei. Ohne Zuwanderung würde die Zahl der Arbeitskräfte in der Region demnach stark zurückgehen.
   Quelle: Handelsblatt

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Unseren täglichen "Arbeitskräftemangel" gib uns heute – ich kann es nicht mehr hören. Ostdeutschland (laut IW-Studie inklusive Berlin) hat tatsächlich riesige Arbeitsmarktprobleme, nämlich eine hohe und weiter steigende Massenarbeitslosigkeit (die sogenannte Unterbeschäftigungsquote liegt zwischen 7,8 Prozent für Thüringen, und 10,4 Prozent für Berlin-Brandenburg). Für sechs bis zehn Arbeitslose gibt es gerade mal eine offene Stelle, und würden nicht so viele*

Arbeitnehmer in Rente gehen (auch "früher" und mit Abschlägen), dann sähe die Arbeitslosenquote noch viel schlimmer aus. Im Osten insgesamt liegt die Arbeitslosenquote satte zwei Prozentpunkte höher als im Westen. In dieser Situation einen Fachkräftemangel oder gar Arbeitskräftemangel zu behaupten, wie es die IW-Studie tut, ist blanker Zynismus. Im Übrigen: wenn 13,3 Prozent der SV-Beschäftigen 10,5 Prozent der Wertschöpfung erwirtschaften, dann bekommen sie 21 Prozent weniger Lohn als die deutschen Arbeitnehmer. Mit anderen Worten, ausländische Arbeitskräfte werden hauptsächlich in den üblichen Niedriglohnbranchen (Verkauf, Gastronomie, Reinigung, Kurierfahrten…) eingesetzt, und das IW hätte gerne mehr Niedriglohnjobs und mehr ausländische Arbeitskräfte, sie zu besetzen.

5. **»Die Landesmedienanstalten übernehmen Aufgaben der Sicherheitsbehörden«**
   Die Landesmedienanstalten durchsuchen das Internet nach mutmaßlich rechtswidrigen Inhalten. Dazu nutzen sie eine KI namens KIVI. Der Publizist Norbert Häring hat nun Auskunft darüber verlangt, welche Daten über ihn gespeichert wurden.
   Was als Aufsicht über private Rundfunkanbieter begann, hat sich längst auf das Internet ausgeweitet. Mit KIVI setzen die deutschen Landesmedienanstalten dabei auf Künstliche Intelligenz, um mögliche Rechtsverstöße aufzuspüren. Norbert Häring (»Der Wahrheitskomplex«) will nun wissen, ob und welche Daten das System über ihn gesammelt hat. Im Gespräch mit Roberto De Lapuente erklärt er, warum ihn nicht nur KIVI selbst beunruhigt, sondern auch die Ausweitung der Kompetenzen der Medienanstalten – und weshalb massenhafte DSGVO-Anfragen für sie zu einem ganz praktischen Problem werden könnten.
   Quelle: Overton Magazin
6. **„Wenn Knochen gebrochen werden" – im Gespräch mit Tair Borchardt**
   Vom Verfassungsschutz zur Repression gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung: Die Jüdische Stimme steht erneut im Fokus staatlicher Überwachung. Warum wird eine jüdische Organisation als „extremistisch" eingestuft, welche Folgen hat die Repression und welche Rolle spielt dabei der vermeintliche Kampf gegen Antisemitismus? Im Gespräch mit etos.media-Redakteur Jakob Reimann erläutert Tair Borchardt, Vorstandsmitglied der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, Perspektiven auf BDS, deutsche Erinnerungspolitik und den autoritären Staatsumbau.
   Quelle: etos.media
7. **Langer Ausflug: Trumps Kriege und seine Krieger**
   Schimmel in Duschen, stinkende Klos, keine Seife und als Mahlzeit eine halbe Tasse Reis und zwei Fladen: Die Nachrichten kommen ausnahmsweise nicht aus Berliner Schulen, sondern vom US-Flugzeugträger »Abraham Lincoln«. Der startete November

2025 zu einer Pazifik-Tour und ist seit Januar in Iran-Nähe fürs demokratisch-regelbasierte Bombardieren. Einige der 5.000 Besatzungsmitglieder drohen nach 250 Tagen Dienst mit Selbstmord. Zur Sprache kam das am Donnerstag vergangener Woche bei einem Treffen von Angehörigen der Soldaten mit Spitzen der US-Marine. Da stotterten Admiräle: Die Lüftung sei ausgefallen, die Waschmaschinen auch, aber es gebe psychologische Hilfe, nur kein frisches Obst oder Gemüse, weil die Nachschubbasis Bahrain durch Irans Beschuss ausgefallen sei.
Quelle: junge Welt

8. **Vom Wohnzimmer an die Front: Freiwillige drucken Drohnen- und Bombenteile für die Ukraine in ganz Europa**
Im Krieg in der Ukraine haben 3D-gedruckte Kunststoffteile einen festen Platz im Arsenal der Streitkräfte eingenommen. Das geht aus einem ABC-Bericht hervor. Einen erheblichen Anteil der Produktion übernehmen dabei Freiwillige außerhalb des Landes. In Privatwohnungen, Garagen und kleinen Druckerfarmen quer durch Europa entstehen Gehäuse für Drohnenbomben, mechanische Auslösesicherungen, Antennen und weitere Komponenten, die auf offiziellem Weg nicht schnell genug an die Front gelangen.
Quelle: 3druck

Anmerkung Ala Goldbrunner: *Das ist ja ungeheuerlich! Eine vollkommen neue, unkontrollierbare Entwicklung in der Waffenproduktion! Wenn das Schule macht, sind wir bald einem Heer von in Hobbywaffenproduzenten ausgeliefert.*

9. **“Es zahlt sich nicht mehr aus”: Kleine Händler kämpfen mit neuen Verpackungsregeln**
Die EU will mit der PPWR den Binnenmarkt vereinheitlichen, doch Onlinehändler erleben gerade das Gegenteil. Sie können plötzlich für Verpackung verantwortlich sein, die sie weder herstellen noch beeinflussen […]
Was ist los? Wer in ein anderes Land liefern will, muss sich dort nun registrieren, die entsprechenden gelieferten Mengen melden und Gebühren für die Verpackungsentsorgung entrichten. Unternehmen ohne Sitz im jeweiligen Land müssen dafür in der Regel einen Bevollmächtigten benennen. Dieser fungiert als Ansprechpartner für die Behörden und haftet im jeweiligen Land für die Einhaltung der Vorgaben. Wer in alle 27 EU-Staaten liefert, braucht demnach 27 Lizenzen und 27 Ansprechpartner. Eine Bagatellgrenze für wenige Sendungen gibt es dabei nicht, die Pflichten greifen bereits beim ersten Paket.
Quelle: der Standard

dazu auch: **EU-Kommission: Verpackungsverordnung: Brüssel empfiehlt, EU-**

Regeln zu ignorieren
Offiziell hat sich die EU-Kommission dem Bürokratieabbau verschrieben. Doch während einige Gesetze vereinfacht oder entkernt werden (vor allem beim "Green Deal"), erlässt die von-der-Leyen-Behörde ständig neue, noch kompliziertere Regeln. Die am Mittwoch in Kraft getretene Verpackungsverordnung schießt den Vogel ab: Sie schafft nicht nur neue Bürokratie, die kleine Versandhändler entmutigt und manch einen zur Aufgabe zwingt. Sie kommt auch mit der kaum verhohlenen Empfehlung, allzu übergriffige Regeln kurzerhand zu ignorieren! Die im Gesetz vorgesehenen Bevollmächtigten könne man sich sparen, heißt es in Brüssel. Zudem sollten die EU-Staaten vorerst darauf verzichten, Verstöße zu ahnden. Wie bitte? Liegt Brüssel nun in Schilda? Wenn das Gesetz nichts taugt, sollte die EU-Kommission es zurückziehen, Punkt!
Quelle: Lost in Europe

10. **BSW streitet über AfD: Die Wagenknecht-Partei im Niedergang**
Erneut dient sich die Spitze des BSW der AfD an. Sie handelt sich dabei Absagen der teils rechtsextremen Partei ein – und verprellt die Moderaten in den eigenen Reihen.
Quelle: Tagesspiegel

dazu auch: **Austritte, „autoritärer Stil" – und der Flirt mit dem Tabu: Wie das BSW sich selbst zerlegt**
Sahra Wagenknecht bietet ihr Bündnis in Sachsen-Anhalt immer offensiver als Machtoption für die AfD an. Es ist ein gefährliches Spiel, das die Gräben in der Partei vergrößert.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Daniel Friedrich übt den Sturm im Wasserglas. Ein journalistischer Festtag für ihn mit seinem Sturm auf Sarah Wagenknecht und das BSW. Der Tagesspiegel-Redakteur kann sich richtig austoben.*

11. **42 zu eins**
Dax-Vorstandsgehälter 2025 abermals gestiegen: Im Schnitt auf das 42fache eines normalen Beschäftigtengehalts
Nicht wenige Arbeiter müssen hierzulande mittlerweile schon froh sein, wenn eine Gehaltserhöhung auch nur die Inflation ausgleicht, also wenigstens auf keine faktische Verschlechterung der eigenen finanziellen Situation hinausläuft. Sorgen freilich, die in den höchsten Chefetagen der Bundesrepublik niemanden zu grämen brauchen: Die Vorstände der Dax-Konzerne haben 2025 um vier Prozent höhere Vergütungen erhalten als im Vorjahr, wie aus der am Donnerstag präsentierten diesjährigen

Vorstandsvergütungsstudie der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) hervorgeht. Damit ging der Durchschnittsvorstand im zurückliegenden Jahr mit über 3,9 Millionen Euro in der Tasche nach Hause.
Quelle: junge Welt

12. **Wegen Iran-Krieg: Deutsche Gasspeicher in Bedrängnis – Ziele noch erreichbar?**
Die deutschen Gasspeicher liegen noch unter dem Vorjahresniveau. Droht ein Engpass im Winter? Ein Speicherbetreiber warnt – die Bundesnetzagentur gibt Entwarnung.
Der Iran-Krieg bringt die Gasspeicherziele in Deutschland zum Wackeln. Weil die Preise für Erdgas durch die Sperrung der Straße von Hormus drastisch angestiegen sind, lohnt es sich für Speicherbetreiber kaum noch, ihre Anlagen zu befüllen. Eigentlich kaufen die im Sommer Gas zu einem vergleichsweise günstigen Preis ein, um es im Winter mit Gewinn an Verbraucher wieder zu verkaufen. Doch diese als Sommer-Winter-Spread bekannte Gewinnmarge droht, zu klein auszufallen.
Quelle: Merkur.de
13. **Wie Correctiv im Streit mit Markus Lanz journalistische Standards über Bord wirft**
Markus Lanz kritisiert die Potsdam-Recherche. Correctiv reagiert darauf mit Social-Media-Videos, die Lanz' Kritik grob verfälschen und ihn unfair vorführen. Wie weit hat sich Correctiv vom Anspruch des "faktenbasierten Diskurses" entfernt?
Bei Correctiv wissen sie, wer Journalist ist und wer nicht. Nachdem Reporter des rechtspopulistischen Mediums Apollo am Rande des AfD-Parteitags am 4. Juli 2026 von linken Demonstranten angegriffen worden waren, verfasste Correctiv-Chefredakteurin Anette Dowideit auf Bluesky einen Post. Sie sprach sich gegen Gewalt gegenüber den Reportern aus, betonte aber zugleich: "Die Mitarbeitenden von ‚Apollo News' sind keine Journalisten." Auf Nachfrage, wie sie Journalismus definiere, antwortete Dowideit: "Mein Kriterium ist: Journalisten sind Leute, die faktenbasiert berichten und sich nach bestem Gewissen mühen, wahrhaftig zu berichten."
Eine gute Definition. Früher war dies auch die prominente Selbstbeschreibung von Correctiv. Das Medium stehe für "faktenbasierten Diskurs", hieß es unter "Wir über uns" auf der Website. Der Satz ist seit Ende des Jahres dort verschwunden. Stattdessen heißt es nun, Correctiv stehe für "Journalismus, der Wirkung zeigt".
Quelle: LTO
14. **»Das ist politisches Totalversagen«**
Der Verdi-Fachbereich Medien stimmt am Wochenende über einen Antrag für Solidarität mit dem EU-sanktionierten Journalisten Hüseyin Doğru ab. Ein Gespräch mit Rüdiger Göbel
Die Mitgliederversammlung der Verdi-Fachgruppe Medien, Journalismus, Film (MJF)

Berlin-Brandenburg tagt am Sonnabend erneut. Sie haben gemeinsam mit Florian Warweg von der Ostdeutschen Allgemeinen Zeitung/Berliner Zeitung einen Antrag gestellt, der Solidarität mit dem Journalisten Hüseyin Doğru fordert. Warum ist dieser Antrag notwendig geworden?
Die Spitze unserer Journalistengewerkschaft schweigt, obwohl eines ihrer Mitglieder wegen seiner journalistischen Tätigkeit seit über einem Jahr mit existenzvernichtenden EU-Sanktionen bestraft wird. Hüseyin Doğru ist deutscher Journalist, lebt und arbeitet in Berlin und ist Mitglied der Journalisten-Union in Verdi, der DJU. Seit dem 20. Mai 2025 sind seine Konten eingefroren, sein Vermögen ist blockiert, seine Reisefreiheit ist eingeschränkt. Er kann seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit faktisch nicht mehr nachgehen. Die Folgen treffen auch seine Familie. Zwischenzeitlich wurden in Sippenhaftung sogar Konten seiner Ehefrau und seiner Mutter gesperrt.
Quelle: junge Welt

15. **Veranstaltungshinweise der Woche**
    a. **Mit explodierenden Immobilien- und Mietpreisen rückt eine grundlegende Frage in den Fokus: wie gehen wir mit Grund und Boden um?**
    Hierzu eine wichtige Tagung in Berlin am 12.9. ab 10:30 und am 13.9.2026 ab 9:15 in 12159 Berlin-Friedenau, Sarrazinstr. 11-15, Gartenhaus
        - Das Eigentum am Boden – Zur Geschichte einer Ressource
          Prof. Dr. Ute Schneider, Uni Duisburg-Essen, Historisches Institut
        - Zur Bodenfrage – Eine eigentumstheoretische Perspektive
          Dr. Niklas Angebauer, Uni Oldenburg, Institut für Philosophie
        - Grundeigentum verpflichtet – Warum wir eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik brauchen
          Dipl.-Ing. Franziska Eichstädt-Bohlig, Architektin, Stadtplanerin und Politikerin (Bündnis 90 / Die Grünen), Berlin
        - Zur Transformation des landwirtschaftlichen Bodeneigentums
          Dr. sc. oek. Rita Kindler, Berlin
        - Das Erbbaurecht heute: Schmuddelkind oder smarte Alternative?
          Prof. Dr. Dirk Löhr, Hochschule Trier, Umwelt-Campus Trier-Birkenfeld

    Quelle: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung

Anmerkung der Redaktion: *Wenn Sie auf eine interessante Veranstaltung hinweisen wollen, dann schicken Sie uns bitte die nötigen Informationen mit dem Betreff „Veranstaltungshinweise“ an hinweise@nachdenkseiten.de. Die Veranstaltungshinweise erscheinen wöchentlich am Freitag im Rahmen der Hinweise des Tages II.*